



Öffentliche Bekanntmachung  
des Kreises Plön

Lfd.Nr./Jahr  
30 /2007

Veröffentlichungsdatum:  
28.09.2007

## **Niederschrift über die 23. Sitzung des Kreistages am 05. Juli 2007, 17.00 Uhr, in Plön, Kreishaus, Kreistagssitzungssaal**

Anwesend:

Kreistagsabgeordnete Arp, Hans-Hugo, Arp, Johanna (ab 18.30 Uhr), Benecke, Boll, Brederock-Mallas, Busch-Laurinck, Bussenius, Dirschauer, Dreßler, Ehmke, Dr. Ellendt, Dr. Freundt-Malecha, Gehrke, Grotzki, Prof. Dr. Haensel, Hansen, Bettina, Hansen, Thomas, Hartke, Heller, Hilker, Hohnheit, Dr. Jahn (ab 17.15 Uhr), Janz, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, König, Kort-to-Krax, Maroses, Michaelsen, Dr. Niedermeier-Lange, Ohl, Rusch, Schlüsen, Schreiber (ab 18.20 Uhr), Schwalbe, Selchow, Tams, Thielscher, Dr. Thies, Vexer, Wohlgethan.

Es fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Biemann, Dittkuhn, Grotzki Hagen, Korbmacher, Leyk, Plambeck, Schlauderbach, Schulz-Giese und Sönnichsen.

### **01. Eröffnung und Begrüßung**

Kreispräsident Kalinka eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 20.06.2007 einberufen worden ist. Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 41 anwesend. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zur Protokollführerin wird Oberamtsrätin Möller bestellt.

Es werden keine Anträge zur Tagesordnung gestellt. Die vorgelegte Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

02. Einwohnerfragestunde

03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 31.05.2007

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

05. Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Obergericht (Wahlperiode 15.12.2007 bis 14.12.2012)

06. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2007

07. Anhörung des Kreistages zum Antrag der Gemeinde Bönebüttel auf Ausamtung aus dem Amt Bokhorst

**in nichtöffentlicher Sitzung:**

08. Kooperationsvertrag zwischen dem UKSH und der Klinik Preetz, Krankenhaus des Kreises Plön

09. Verkauf eines Grundstücks

**weiter in öffentlicher Sitzung:**

10. Mitteilungen und Anfragen

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

**02. Einwohnerfragestunde**

Frau Christiane Eidenschink, Elternvertreterin der Schule am Postsee, stellt an den Kreis Plön als Träger der Sprachheilgrundschule die Frage nach dem Stand der Dinge. Sie geht davon aus, dass die Schule – weil das Auflösungsverfahren noch nicht eingeleitet und auch noch nicht abgeschlossen ist – nach wie vor besteht.

Landrat Dr. Gebel erläutert, dass die Sachlage zurzeit so ist, dass der Kreis eine Schule und ein Schulgebäude, die Schule aber keine Schüler, keine Schulsekretärin und keinen Schulhausmeister mehr hat. Die Verwaltung hat der Politik – nachdem eine schulpolitische Entscheidung getroffen worden ist - vorgeschlagen, eine andere Verwendung für das Gebäude zu suchen.

KTA Rusch als Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport führt aus, dass sie von dem Schulelternbeiratsvorsitzenden für Grund-, Haupt- und Sonderschulen im Kreis Plön in der Sache angeschrieben worden ist. In ihrer Antwort hat sie deutlich gemacht, dass es keine anderen Beschlüsse durch die Selbstverwaltung des Kreises Plön gibt, auch wenn der Schulrat ein neues Konzept zur Sprachheilverbesserung vorgelegt hat.

Frau Silke Bock, Erzieherin, berichtet über die Klassenstärken in den Grundschulen. Sie fragt sich, wie die sprachbehinderten Kinder in solchen Klassen gefördert werden können.

Kreispräsident Kalinka erwidert, dass der Kreistag für diese inhaltlichen Fragen nicht der richtige Ansprechpartner ist. Vielmehr liegt die Entscheidung darüber im Bildungsministerium.

Frau Silke Arpe, Schulelternbeiratsvorsitzende der Schule am Postsee, verweist auf den § 5 des neuen Schulgesetzes. Auf ihre Anfrage hin haben die Leiter der Förderzentren geantwortet, dass es nicht genügend Lehrkräfte im Sprachheilwesen gibt, die die Voraussetzungen erfüllen, die Schulrat Aleidt in seinem Konzept gefordert hat. Der Kreistag hat den Erhalt der Schule am Postsee beschlossen. Sie vertritt die Auffassung, dass der Wille des Kreistages durch das Land nicht beachtet wird. Sie fragt die Fraktionen des Kreistages, wie diese damit umgehen wollen.

KTA Schlünsen erläutert noch einmal, dass seine Fraktion, aber auch der gesamte Kreistag, sich sehr intensiv für den Erhalt der Schule eingesetzt hat. Zurzeit sieht es aber so aus, dass es eine Schule ohne Schüler gibt. Leider kann der Kreistag nichts daran ändern, dass dort keine Schüler

mehr zugewiesen werden. Insofern können die Erwartungen der Eltern durch den Kreistag nicht erfüllt werden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

### **03. Niederschrift über die Sitzung des Kreistages am 31.05.2007**

Die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 31.05.2007 konnte nicht rechtzeitig fertig gestellt werden.

### **04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen**

Der Kreistag fasst - ohne Aussprache - folgenden

#### **Beschluss:**

#### 1. Aufsichtsrat der AWKP

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird als neues Mitglied

KTA Wolfgang Gehrke

(für das ausgeschiedene Mitglied Dennis Buhmann)

vorgeschlagen.

#### 2. Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus

Antrag der SPD-Fraktion:

als neues stellv. Mitglied wird

KTA Roland Dirschauer

vorgeschlagen.

**Stimmenverhältnis: einstimmig**

### **5. Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht (Wahlperiode 15.12.2007 bis 14.12.2012)**

Der Kreistag schlägt für die Aufstellung der Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht folgende Personen vor:

1. Bernd Biemann
2. Wolfgang Gehrke
3. Helga Jessen
4. Dr. Regine Niedermeier-Lange
5. Helma Tams.

**Stimmenverhältnis: einstimmig  
bei 4 Enthaltungen**

KTA Hilker beantragt für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung des Kreistages geht es mit TOP 06 weiter.

## **06. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan 2007 2. Entwurf**

Landrat Dr. Gebel bringt den Nachtragshaushalt 2007 – 2. Entwurf - in den Kreistag ein. Dieser ist notwendig geworden, weil die erste Ausfertigung keine Mehrheit in der letzten Sitzung gefunden hat. Erforderlich ist die Erstellung eines Nachtrags aber auch geworden, weil die Kommunalaufsicht eine Kürzung der Kreditaufnahmen vorgenommen hat und der Kreis höhere Schlüsselzuweisungen in Höhe von 6,3 Mio Euro erhalten wird. Auch macht sich die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten in Höhe von ca. 450.000 € bemerkbar. Er verweist auch auf die Änderungen im Stellenplan im Bereich Heimaufsicht. Das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt beträgt nunmehr 125 Mio €, wobei sich die Deckungslücke auf 9,5 Mio € beläuft.

KTA Thomas Hansen führt aus, dass der vorgelegte Nachtrag im Wesentlichen Änderungen bei den Einnahmen vorsieht, und zwar bei den Schlüsselzuweisungen und der Schülerbeförderung. Natürlich ist jetzt auch die Entscheidung des Kreistages berücksichtigt worden, dass es bei der bisherigen Höhe der Kreisumlage bleiben soll. Nach seinem Verständnis stellt der Haushalt eine Ermächtigung für die Verwaltung dar, tätig zu werden und die im Rahmen des Haushalts beschlossenen Ausgaben zu tätigen. Mit der Beratung über den Nachtrag wird keine grundsätzliche Ausrichtung der Kreispolitik vorgenommen, sondern es werden lediglich Änderungen beschlossen. Der Kreistag hat im Sinne der Bürgerinnen und Bürger dieses Kreises Entscheidungen zu treffen. Eine Ablehnung des Nachtragshaushaltes gibt kein gutes Bild für die Bürgerinnen und Bürger ab. Von daher bittet er, dem Nachtragshaushalt zuzustimmen.

KTA Schlüsen merkt an, dass es die Anwesenden nicht überraschen wird, dass seine Fraktion die Sache ganz anders betrachtet. Natürlich sind ein Nachtragshaushalt und eine Nachtragshaushaltssatzung als Instrument der Finanzpolitik anzusehen. Er verweist auf die Beschlüsse der Mehrheit des Kreistages zur Schülerbeförderung. Allein darin kann man schon einen gewichtigen Grund zur Ablehnung sehen. Seines Wissens sind Haushalte aus viel wichtigeren Gründen abgelehnt worden. Der Ursprungshaushalt trägt die Handschrift der CDU-Mehrheitsfraktion und somit hat sie auch die Verantwortung dafür. Seine Fraktion wird deshalb dem Nachtrag nicht zustimmen. Er kündigt jedoch an, dass sich einige Kreistagsabgeordnete der SPD-Fraktion der Stimme enthalten werden, um den Haushalt heute zu beschließen.

KTA Dr. Thies vertritt die Auffassung, dass jeder Kreistagsabgeordnete verantwortlich für den Haushalt und für ein Funktionieren der Verwaltung ist. Er verweist auf das Defizit in Höhe von 9,5 Mio €, das den Kreis allein an Zinsen 350.000 €kosten wird. Zudem beträgt der Schuldenstand des Kreises 45 Mio €, wofür 2,3 Mio € für Zinsen und 1,1 Mio € an Tilgung aufgewendet werden müssen. Vor diesem Hintergrund wird ein Nachdenken über eine Erhöhung der Kreisumlage für das Jahr 2008 erforderlich werden. In dem Zusammenhang ist weiter zu fragen, ob der Griff des Landes in die kommunalen Kassen zu vertreten ist. Als Ausgleich dafür ist die Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung zu sehen. Deshalb versteht er die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion in diesem Zusammenhang nicht. Schließlich handelt es um ein Gesetz, das von der eigenen Partei mit beschlossen worden ist. Er verweist auf die wichtige Ausgleichsfunktion des Kreises. Diese ist mindestens im Bereich Schule und Kindergarten erforderlich. Sodann bringt er einen Änderungsantrag seiner Fraktion zum Gymnasium in Heiken-

dorf ein und begründet ihn. Weil die Schülerzahlen der 5. Klassen ansteigen, werden 4 weitere Klassenräume erforderlich sein. Die dafür erforderlichen Mittel müssen bereitgestellt werden. Er bittet den Kreistag, dem Antrag im Grundsatz zuzustimmen. Details sollten im Finanzausschuss beraten werden.

KTA Dr. Jahn stellt für seine Fraktion fest, dass diese sich einig mit der SPD-Fraktion in ihrer ablehnenden Haltung sieht. Auch den Gesamthaushalt lehnt er wegen seiner Grundausrichtung ab. Er will aber auch nach außen hin gute und verlässliche Politik signalisieren, so dass schon deshalb eine Zustimmung nicht in Frage kommen kann. Zum Antrag der UWG-Fraktion merkt er an, dass inhaltlich nichts dagegen spricht, aber dem Kreistag das nötige Hintergrundwissen total fehlt.

KTA Prof. Dr. Haensel bringt sein Erstaunen über die Ausführungen des KTA Schlüsen zum Ausdruck. Auch wenn man einzelne Punkte im Haushalt ablehnt, sollte dies nicht zur gänzlichen Ablehnung führen. Das hält er für unverantwortlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Plön.

Landrat Dr. Gebel bemängelt, dass Anträge an den Kreistag nicht mindestens zwei Tage vorher gestellt werden müssen. Nur dann kann sich die Verwaltung vernünftig auf das Thema einstellen und Fakten nennen. Zufällig hat er sich um die Problematik schon gekümmert, so dass er heute einiges dazu sagen kann. Auch wenn er es gut findet, wenn sich Fraktionen für die kreiseigenen Schulen einsetzen, würde der Antrag – sofern ihm zugestimmt wird – zu einer weiteren Verschuldung des Kreises Plön führen. Zum Thema fragt man sich, warum in Heikendorf die Schülerzahlen der 5. Klassen im Gymnasium so sehr steigen. Er ist der Überzeugung, dass dies durch die Bildung von Regionalschulen verursacht worden ist. Kinder, die ggf. eine Realschule besuchen würden, werden nun von ihren Eltern im Gymnasium angemeldet. Eine erhebliche Anzahl der Kinder wird aber nach der Orientierungsstufe möglicherweise wieder zur Realschule zurückkehren. Vor diesem Hintergrund ist die Frage zu klären, ob die Räume wirklich benötigt werden. Er ist außerdem der festen Überzeugung, dass bei genauerer Prüfung weiterer Platz geschaffen werden könnte. Deshalb sollte der Ausschuss für Schule, Kultur und Sport sich eingehend mit der Problematik beschäftigen. Dabei sollten auch die Folgen des demografischen Wandels beachtet sowie mögliche freie Klassenräume in den Nachbarschulen in die Prüfung einbezogen werden.

KTA Schlüsen stimmt den Ausführungen des Landrats in dieser Angelegenheit zu und schlägt vor, die Mittel nicht im Haushalt bereit zu stellen, sondern den Antrag an die Ausschüsse zur Beratung zu verweisen. Falls man im Laufe der Beratungen zu dem Ergebnis kommen sollte, dass Klassenräume doch erforderlich sind, muss eine Lösung gefunden werden.

Für die CDU-Fraktion stellt deren Vorsitzender Hansen fest, dass die Initiative der UWG-Fraktion begrüßt und auch unterstützt wird. Dennoch muss geprüft werden, ob Alternativen vorhanden sind oder ob die Containerlösung als Übergangslösung tatsächlich in Frage kommen muss. Er würde es allerdings bevorzugen, wenn finanzielle Mittel für langfristige Lösungen verwendet werden würden. Eine Entscheidung wird nach Prüfung durch die Ausschüsse getroffen werden. Sofern keine andere Lösung möglich sein wird, wird sich seine Fraktion dem Antrag nicht verschließen. Er bittet die Antragsteller, einer Überweisung des Antrages in den Schulausschuss sowie in den Hauptausschuss zuzustimmen.

KTA Dr. Thies erklärt sich mit dem vorgeschlagenen Verfahren einverstanden. Er macht deutlich, dass er die Problematik jedoch geprüft hat. Nach Aussage der Schule handelt es sich nicht

um ein kurzfristiges Problem, sondern die Räume werden für einen Zeitraum von mindestens 6 bis 10 Jahre benötigt. Seines Wissens gibt es zudem Schreiben von den anderen Schulen an den Kreis, dass keine Räume zur Verfügung gestellt werden können.

KTA Dr. Ellendt stellt fest, dass das Problem ruhig angegangen werden sollte. Oft ergeben sich erst im Laufe einer Prüfung weitere Lösungen. Er verweist in dem Zusammenhang auf eine angedachte Erweiterung des Rathauses, wo zunächst auch erst ein Anbau geplant worden ist. Im Laufe der Beratung haben sich dann doch andere Lösungen gezeigt. Aus eigener Kenntnis weiß er zudem, dass in Schulen immer Raumnot herrscht. Deshalb sollten erst alle Möglichkeiten ausreichend geprüft werden, bevor die Containerlösung genommen wird.

Der Kreistag fasst zum Antrag der UWG-Fraktion

„Der Kreistag des Kreises Plön beschließt folgende Änderungen/Ergänzungen zum vorgelegten 2. Entwurf des 1. Nachtragshaushaltes:

Für die Heinrich-Heine-Schule, Gymnasium des Kreises Plön, werden Mittel für die Anmietung von 4 Klassencontainern und deren Aufstellung bereitgestellt, und zwar für die Anmietung der Klassencontainer für 5 Monate 30.000 € und für die Aufstellung (einmalig) 60.000 €.

Deckung der Mehrausgabe durch zusätzliche Schlüsselzuweisungen.“

folgenden **Beschluss:**

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an die zuständigen Ausschüsse überwiesen.

**Stimmenverhältnis: einstimmig**

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Plön beschließt die vorgelegte 1. Nachtragshaushaltssatzung des Kreises Plön für das Jahr 2007.

**Stimmenverhältnis: 22 ja-Stimmen**

**16 nein-Stimmen**

**4 Enthaltungen**

**07. Anhörung des Kreistages zum Antrag der Gemeinde Bönebüttel auf Ausamtung aus dem Amt Bokhorst**

Landrat Dr. Gebel bringt die Vorlage der Verwaltung in den Kreistag ein. Er führt aus, dass die Gemeinde Bönebüttel im Januar 2007 mit breiter Mehrheit beschlossen hat, aus dem Amt Bokhorst auszutreten und eine Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Neumünster zu begründen. In dem Verfahren auf Ausamtung muss nun der Kreis Plön seine Stellungnahme abgeben. Die Verwaltung hat in ihrer sehr ausführlichen Vorlage dargelegt, warum einer Ausamtung nicht zugestimmt werden sollte. Der Hauptausschuss hat sich der Auffassung der Verwaltung angeschlossen und empfiehlt dem Kreistag, dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu folgen. Er möchte noch auf zwei Dinge besonders hinweisen. Zum einen wäre es ein beträchtlicher Aderlass, wenn die einwohnerstarke Gemeinde Bönebüttel nicht im neuen Amt Bokhorst-Wankendorf mitarbeiten würde. Zum anderen lehnen auch die anderen Gemeinden des Amtes dies ebenfalls ab. Aus Kreissicht ist außerdem zu bedenken, dass nach der Verwaltungsstrukturreform alle Verwaltungseinheiten möglichst gleich groß sein sollten.

KTA Thomas Hansen erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese in völliger Übereinstimmung mit der Verwaltungsvorlage eine Ausamtung ablehnt. Er betont, dass die Unsicherheit schon völlig ausreicht, von wo aus die Gemeinde Klausdorf zukünftig mitverwaltet wird. Hier steht zu befürchten, dass es einen Einschnitt in den Kreis Plön durch die Stadt Kiel geben könnte. Deshalb kann der Kreis Plön nicht ernsthaft einer Ausamtung zustimmen, weil dadurch das neue Amt Bokhorst-Wankendorf geschwächt wird. Auch die Übertragung von Aufgaben würde dadurch weniger effizient werden. Außerdem stellt sich bei einer Verwaltungsgemeinschaft von Bönebüttel mit der Stadt Neumünster die Frage, ob dies nicht eine Eingemeindung zur Folge haben könnte. Einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinde sieht er nicht. Hier und heute hat der Kreistag die Interessen des Kreises wahrzunehmen und somit nach anderen Kriterien zu entscheiden.

KTA Schlüsen teilt für die SPD-Fraktion mit, dass sich diese der Stimme enthalten wird. Er begründet das damit, dass der Kreistag allen Verträgen zur Verwaltungsstrukturreform bisher zugestimmt und sich somit nicht in die Interessen der Gemeinden etc. eingemischt hat. Vielmehr ist die Auffassung vertreten worden, dass die Vertretungen vor Ort darüber zu befinden haben. Außerdem gibt es nach seiner Kenntnis keinen abschließenden Vertrag mit der Stadt Neumünster, sondern man befindet sich noch in der Beratung. Die Gefahr, dass das neue Amt Bokhorst-Wankendorf die 8.000 Einwohnergrenze nicht überschreitet, ist nicht gegeben. Somit sollte vor Ort eine Entscheidung getroffen werden.

KTA Dr. Jahn bedankt sich bei der Verwaltung für die Verwaltungsvorlage, deren Ausführlichkeit er beeindruckend findet. Darin sind alle Aspekte aufgelistet, die für die Kreistagsentscheidung wichtig sind. Seine Fraktion stimmt mit dem Ergebnis der Vorlage überein, so dass auch sie einer Ausamtung nicht zustimmen wird. Trotzdem sollte das Signal aus Bönebüttel verstanden werden. Er hält Überlegungen für angebracht, wie den Bürgern in Bönebüttel durch Zuständigkeitsverschiebungen kürzere Wege durch weitere Verwaltungsleistungen in Neumünster ermöglicht werden können.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag des Kreises Plön empfiehlt dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, dem Antrag der Gemeinde Bönebüttel auf Ausamtung aus dem Amt Bokorst nicht zu entsprechen.

**Stimmenverhältnis: 28 ja-Stimmen**  
**3 nein-Stimmen**  
**12 Enthaltungen**

Kreispräsident Kalinka gibt bekannt, dass keine Gäste mehr im Raum sind und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Kreispräsident Kalinka stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt die Beschlüsse zu den Tagesordnungspunkten 08 und 09 bekannt.

**08. Kooperationsvertrag zwischen dem UKSH und der Klinik Preetz, Krankenhaus des Kreises Plön**

Der Kreistag fasst in nichtöffentlicher Sitzung ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

1. Der Vertragsentwurf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Kooperationsvertrag in der vorliegenden Form zu unterzeichnen. Redaktionelle Änderungen können vorgenommen werden, sofern die Zielsetzung des Vertrages nicht verändert wird. Nach Abschluss des Vertrages ist der Selbstverwaltung der unterzeichnete Vertrag zur Kenntnis zu bringen.

#### **09. Verkauf eines Grundstücks**

Der Kreistag fasst in nichtöffentlicher Sitzung folgenden **Beschluss**:

1. Der Kreis Plön verkauft im rückwärtigen Bereich des Schulgrundstücks Kührener Straße 83 eine nicht benötigte Teilfläche von maximal 4.700 m<sup>2</sup>. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Erschließungs- und Bauträgern in konkrete Verhandlungen einzutreten und nach Vorliegen von Angeboten einen Entscheidungsvorschlag für den Verkauf zu unterbreiten.
2. Die leer stehende Doppelhaushälfte wird mit einer Grundstücksfläche von 400 m<sup>2</sup> entsprechend dem Verkehrswertgutachten regional zum Verkauf angeboten. Die Verwaltung erhält für den Verkauf einen Verhandlungsspielraum von 10 % vom Gutachterpreis.
3. Die vermietete Doppelhaushälfte wird mit einer Grundstücksfläche von ca. 480 m<sup>2</sup> an den derzeitigen Mieter oder seinen Sohn veräußert. Die Verwaltung erhält einen Verhandlungsspielraum von 10 % vom Gutachterpreis. Der Kaufpreis bezieht sich auf eine Grundstücksfläche von 370 m<sup>2</sup>. Für jeden weiteren Quadratmeter ist ein Kaufpreis von 85 € zu zahlen. Die endgültige Grundstücksfläche ergibt sich aus der katasteramtlichen Vermessung.

#### **10. Mitteilungen und Anfragen**

Es gibt keine Mitteilungen und Anfragen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Kreispräsident Kalinka schließt die Sitzung des Kreistages um 18.40 Uhr.

gez. Werner Kalinka  
Kreispräsident

gez. Möller  
Protokollführerin